



## Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 15. Januar bis 18. Januar 2024 Straßburg

### Debatte zu den EU-Gipfeln im Dezember und Februar und zur Lage in Ungarn

Die EU-Gipfel im Dezember 2023 und im Februar 2024 sowie die Lage in Ungarn stehen im Zentrum einer Plenardebatte am Mittwoch mit den Präsidenten Michel und von der Leyen.

3

### Premierminister De Croo stellt Prioritäten des belgischen EU-Ratsvorsitzes vor

Am Dienstag ab 9:00 Uhr diskutieren die Abgeordneten mit Premierminister Alexander De Croo das Programm der belgischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar begonnen hat.

4

### Debatte zur humanitären Lage in Gaza

Am Dienstagnachmittag debattieren die Abgeordneten über die humanitäre Lage in Gaza, die Notwendigkeit eines Waffenstillstands und die Risiken einer Eskalation im Nahen Osten.

8

### EU-Militärhilfe für die Ukraine

Die Abgeordneten werden voraussichtlich die EU am Dienstagmorgen dazu auffordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die militärische Unterstützung für die Ukraine zu intensivieren.

9

### Verbot von Grünfärberei und irreführender Produktinformation: Finale Abstimmung

Am Mittwoch steht das endgültige Votum über eine Richtlinie an, die darauf abzielt, die Produktkennzeichnung zu verbessern und die Verwendung irreführender Umweltangaben zu unterbinden.

5

### Wirtschaftliche Steuerung: Für Glaubwürdigkeit und Investitionsförderung

Die neuen EU-Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung sollen Investitionen und nationaler Eigenverantwortung Vorrang einräumen und die Glaubwürdigkeit des Systems verbessern.

7

### Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 17

---

## **Bekämpfung des Neo-Faschismus in Europa**

Die Abgeordneten werden am Dienstag mit Vertretern der belgischen Ratspräsidentschaft und der Kommission erörtern, wie das Wiederaufleben des Neofaschismus in Europa verhindert werden kann. 13

---

## **Hetze und Hasskriminalität in Liste der EU-Straftatbestände aufnehmen**

Im Rahmen einer Debatte und einer Abstimmung Mittwoch und Donnerstag will das Parlament den Rat auffordern, entschiedene Maßnahmen gegen Hetze und Hasskriminalität in der EU zu ergreifen. 16

---

## **Gedenken an Jacques Delors**

Das Parlament eröffnet seine Plenarsitzung mit einer Gedenkveranstaltung für den am 27. Dezember 2023 verstorbenen ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors. 14

---

## **Digitale Musikplattformen: Warnung vor unfairer Situation für Urheber in Europa**

In einer Resolution wollen die Abgeordneten fordern, dass die EU Ungerechtigkeiten im weitgehend unregulierten digitalen Musiksektor anspricht, um Künstler zu unterstützen. 15

---

## **Weniger Emissionen von fluoridierten Gasen und ozonabbauenden Stoffen**

Das Parlament will seine finale Zustimmung für neue Maßnahmen zur Minimierung der Emissionen starker Treibhausgase geben, die im Einklang mit den Klimazielen der EU und weltweit stehen. 10

---

## **EU-Werte in Griechenland: Aktuelle Entwicklungen**

Am Mittwoch wird sich das Parlament in einer Debatte mit Vertretern von Rat und Kommission mit dem Stand der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit in Griechenland befassen. 12

---

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2024-01-15>

## **Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 15. Januar bis 18. Januar 2024 - Straßburg**

## Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Plenarsitzung live \(EbS+\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

[Pressekonferenzen und andere Veranstaltungen](#)

[Pressemappe zur Europawahl](#)


## Kontakt

---

Armin WISDORFF

Pressereferent

 (+32) 2 28 40924 (BXL)

 (+33) 3 881 73780 (STR)

 (+32) 498 98 13 45

 [armin.wisdorff@europarl.europa.eu](mailto:armin.wisdorff@europarl.europa.eu)


 [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

 (+32) 2 28 32266 (BXL)

 (+33) 3 881 72336 (STR)

 (+32) 498 98 33 22


 [andreas.kleiner@europarl.europa.eu](mailto:andreas.kleiner@europarl.europa.eu)


 [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

 (+49) 30 2280 1080

 (+49) 177 323 5202

 [judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu](mailto:judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu)

 [presse-berlin@ep.europa.eu](mailto:presse-berlin@ep.europa.eu)

 [@europarl\\_de](https://twitter.com/europarl_de)

---

Maren HÄUSSERMANN

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ [maren.haeussermann@europarl.europa.eu](mailto:maren.haeussermann@europarl.europa.eu)

---

# Debatte zu den EU-Gipfeln im Dezember und Februar und zur Lage in Ungarn

**Die EU-Gipfel im Dezember 2023 und im Februar 2024 sowie die Lage in Ungarn stehen im Zentrum einer Plenardebatte am Mittwoch mit den Präsidenten Michel und von der Leyen.**

Bei ihrem Treffen am 14.-15. Dezember einigten sich die Staats- und Regierungschefs unter anderem darauf, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau aufzunehmen und Georgien den Kandidatenstatus zu gewähren.

EP-Präsidentin Roberta Metsola sagte: "Dies ist ein bedeutender Moment für Europa, die Ukraine und die Republik Moldau sowie für all jene, die unsere gemeinsamen Werte verteidigen und Europa als eine Quelle der Hoffnung betrachten. Wir haben unsere Versprechen gehalten, Geschichte geschrieben und werden nun gemeinsam an der Zukunft arbeiten." In Bezug auf Georgien fügte sie hinzu: "Wir haben Georgiens europäischen Bestrebungen wahrgenommen, und heute ist das Land stolz darauf, den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erhalten."

Die Staats- und Regierungschefs haben außerdem ihre Unterstützung für die EU-Beitrittsperspektive der westlichen Balkanländer bekräftigt und die Notwendigkeit einer beschleunigten Umsetzung des Beitrittsprozesses betont.

Die Staats- und Regierungschefs konnten keine Einigung über die Halbzeitüberprüfung des langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 (mehrjähriger Finanzrahmen, MFR) und ein Finanzhilfepaket von 50 Milliarden Euro für die Ukraine erzielen. Die Beratungen werden auf einer Sondertagung des Europäischen Rates am 1. Februar 2024 fortgesetzt.

Während der gemeinsamen Aussprache über die Tagungen des Europäischen Rates werden die Abgeordneten auch über die Lage in Ungarn und die eingefrorenen EU-Gelder diskutieren. Über eine Resolution wird am Donnerstag abgestimmt.

*Debatte: Mittwoch, 17. Dezember*

*Abstimmung: Donnerstag, 18. Januar (Ungarn)*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission*

## Weitere Informationen

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

[Rede von Roberta Metsola auf der Tagung des Europäischen Rates](#)

[Pressekonferenz von Roberta Metsola nach ihrer Rede vor dem Europäischen Rat](#)

# Premierminister De Croo stellt Prioritäten des belgischen EU-Ratsvorsitzes vor

**Am Dienstag ab 9:00 Uhr diskutieren die Abgeordneten mit Premierminister Alexander De Croo das Programm der belgischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar begonnen hat.**

Die belgische Regierung betont, dass ihre dreizehnte EU-Ratspräsidentschaft "zu einem Zeitpunkt stattfindet, an dem die Europäische Union an einem Scheideweg steht und sich mit den Folgen der illegalen russischen Aggression in der Ukraine, der Pandemie, der Energiekrise, Desinformation, extremen Klimaereignissen und einem erneuten Konflikt im Nahen Osten auseinandersetzen muss".

Die sechs wichtigsten Prioritäten der belgischen Präsidentschaft sind:

- Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Einheit;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit;
- Ein grüner und gerechter Wandel;
- Verstärkung der Sozial- und Gesundheitsagenda;
- Schutz von Menschen und Grenzen; sowie
- Förderung eines globalen Europas.

Während der belgischen EU-Ratspräsidentschaft wird zwischen dem 6. und 9. Juni ein neues Europäisches Parlament gewählt.

*Debatte: Dienstag, 16. Januar*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission*

*Pressekonferenz mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola und Premierminister De Croo: Dienstag, 10:45 Uhr*

## Weitere Informationen

[Programm des belgischen Ratsvorsitzes](#)

# Verbot von Grünfärberei und irreführender Produktinformation: Finale Abstimmung

**Am Mittwoch steht das endgültige Votum über eine Richtlinie an, die darauf abzielt, die Produktkennzeichnung zu verbessern und die Verwendung irreführender Umweltangaben zu unterbinden.**

Die anvisierten neuen Regelungen sollen die Produktkennzeichnung transparenter und vertrauenswürdiger gestalten. Dies soll durch das Verbot allgemeiner Umweltaussagen wie 'umweltfreundlich', 'natürlich', 'biologisch abbaubar', 'klimaneutral' oder 'öko' erreicht werden, sofern diese nicht durch Nachweise belegt sind.

Gemäß der Richtlinie wären nur noch Nachhaltigkeitssiegel erlaubt, die auf offiziellen Zertifizierungsregelungen beruhen oder von öffentlichen Behörden eingeführt wurden. Zudem wäre es nicht mehr gestattet, Aussagen zu machen, die sich auf einen Ausgleich der Treibhausgasemissionen beziehen und wonach ein Produkt neutrale, geringere oder positive Auswirkungen auf die Umwelt hätte.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Richtlinie ist es, Hersteller dazu anzuregen, den Fokus verstärkt auf die Langlebigkeit ihrer Produkte zu legen. Durch die neuen Vorschriften werden die Garantieinformationen auf den Produkten deutlicher hervorgehoben und es wird ein neues, harmonisiertes Siegel geschaffen, damit Waren mit einer längeren Garantiedauer besser erkennbar sind.

Des Weiteren sieht die neue Richtlinie vor, unbegründete Haltbarkeitsangaben, Aufforderungen zum vorzeitigen Ersatz von Verbrauchsgütern sowie die irreführende Darstellung von Waren als reparierbar, wenn dies faktisch nicht zutrifft, zu verbieten.

*Debatte: Dienstag, 16. Januar*

*Abstimmung: Mittwoch, 17. Januar*

*Pressekonferenz: Mittwoch, 17. Januar um 14.30 Uhr*

*Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

## Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Entwurf des zur Abstimmung gestellten Textes](#)

[Text der interinstitutionellen Vereinbarung](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Biljana BORZAN \(S&D, HR\)](#)

[Pressemitteilung zur interinstitutionellen Vereinbarung \(19.09.2023\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)



# Wirtschaftliche Steuerung: Für Glaubwürdigkeit und Investitionsförderung

## Die neuen EU-Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung sollen Investitionen und nationaler Eigenverantwortung Vorrang einräumen und die Glaubwürdigkeit des Systems verbessern.

Der Entwurf für das [Mandat](#), das im Dezember 2023 vom Ausschuss für Wirtschaft und Währung verabschiedet wurde, steht vor der Bestätigung durch das Plenum. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, um die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten einzuleiten. Die Abgeordneten möchten klare Kriterien für den Abbau übermäßiger Verschuldung definieren und gleichzeitig neue Freiräume für Investitionen durch die Zulassung von Abweichungen von den Ausgabenplänen schaffen. Der Vorschlag beinhaltet zudem eine erweiterte Frist von 10 Jahren für den Abbau der übermäßigen Verschuldung und stellt neue Verfahren zur Stärkung der nationalen Verantwortung für die Wirtschaftspläne vor.

Der Vorschlag zur Aufnahme von Verhandlungen wird zu Beginn der Plenarsitzung am Montagnachmittag bekannt gegeben. Nach Annahme des Parlamentsstandpunkts – entweder stillschweigend bis Mittwoch oder durch Abstimmung bei mehr als 71 Einwänden, gemäß den Artikeln [71](#) und [179](#) der Geschäftsordnung des Parlaments – beginnen kurz darauf die Verhandlungen mit dem Rat über die endgültige Gesetzgebung.

Des Weiteren ist für Mittwoch eine Debatte über die wirtschaftspolitische Steuerung geplant. Hierbei werden auch Vertreter der Europäischen Kommission und des Rates teilnehmen.

*Debatte: Mittwoch, 17. Januar*

*Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung*

### Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: „Wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung“](#)

[Studie des EP-Forschungsdienstes - Neue Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung \(09/11/2023\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

## Debatte zur humanitären Lage in Gaza

**Am Dienstagnachmittag debattieren die Abgeordneten über die humanitäre Lage in Gaza, die Notwendigkeit eines Waffenstillstands und die Risiken einer Eskalation im Nahen Osten.**

Für Donnerstag ist eine Abstimmung über eine entsprechende Resolution angesetzt.

Vor dem Hintergrund internationaler diplomatischer Anstrengungen, den Konflikt in Gaza zu entschärfen und eine Ausweitung auf die Region zu verhindern, hat die israelische Regierung ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Herrschaft der Hamas in Gaza zu beenden. Israelische Offizielle signalisierten einen Übergang zu stärker zielgerichteten militärischen Operationen, trotz anhaltend intensiver Gefechte. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten in der Plenardebatte erneut ihre Forderungen nach einem Waffenstillstand, der Freilassung aller Geiseln sowie einem Stopp der Tötungen von Journalisten und Mitarbeitern humanitärer Organisationen im Gazastreifen betonen.

Seit dem Angriff vom 7. Oktober 2023, bei dem militante Kämpfer der Hamas im Süden Israels etwa 1.200 Menschen, hauptsächlich Zivilisten, töteten und rund 250 weitere entführten, steht der Gazastreifen unter intensiven israelischen Angriffen.

*Debatte: Dienstag, 16. Januar*

*Abstimmung: Donnerstag, 18. Januar*

## EU-Militärhilfe für die Ukraine

**Die Abgeordneten werden voraussichtlich die EU am Dienstagmorgen dazu auffordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die militärische Unterstützung für die Ukraine zu intensivieren.**

Die Debatte findet vor dem Hintergrund zunehmender russischer Luftangriffe auf die Ukraine statt, und der aktuellen Blockade der amerikanischen Militärhilfe durch den US-Kongress. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten diese Gelegenheit nutzen werden, um die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu ermutigen, die ukrainische Regierung in der Verteidigung ihres Territoriums nachhaltig zu unterstützen. Zudem ist vorgesehen, dass die Abgeordneten einen Appell an die EU-Staats- und Regierungschefs richten, den anstehenden Sondergipfel des Europäischen Rates am 1. Februar zu nutzen, um eine Einigung über ein vorgeschlagenes Finanzhilfepaket in Höhe von 50 Milliarden Euro für die Ukraine zu erreichen.

*Debatte: Dienstag, 16. Januar*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission*

### Weitere Informationen

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

# Weniger Emissionen von fluorierten Gasen und ozonabbauenden Stoffen

**Das Parlament will seine finale Zustimmung für neue Maßnahmen zur Minimierung der Emissionen starker Treibhausgase geben, die im Einklang mit den Klimazielen der EU und weltweit stehen.**

Die mit dem Rat erzielte [Einigung](#) über die weitere Verringerung der Emissionen fluorierter Gase sieht einen vollständigen Ausstieg aus den teilfluorierten Fluorkohlenwasserstoffen bis 2050 sowie strenge Auflagen vor, die das Inverkehrbringen von Produkten, die F-Gase enthalten - die derzeit u. a. in Kühlschränken und Klimaanlageanlagen verwendet werden - in der EU verbieten, um die Akzeptanz klimafreundlicherer Lösungen zu fördern.

Die [Vereinbarung](#) über die Verringerung der Emissionen von ozonabbauenden Stoffen umfasst Maßnahmen zur Rückgewinnung und zum Recycling solcher Stoffe, die in Baumaterialien (insbesondere in Isolierschäumen) vorkommen, und sieht strenge Ausnahmen für ihre Verwendung als Ausgangsstoffe (zur Herstellung anderer Stoffe, z. B. in der pharmazeutischen oder chemischen Industrie), als Verarbeitungshilfsstoffe, in Labors und für den Brandschutz vor.

## Hintergrund

Fluorierte Treibhausgase wie teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe, perfluorierte Kohlenwasserstoffe, Schwefelhexafluorid und Stickstofftrifluorid (die in Kühlschränken, Klimaanlageanlagen, Wärmepumpen, Brandschutz, Schaumstoffen oder elektrischen Schaltanlagen verwendet werden) sowie ozonabbauende Stoffe, wie Halone (die in Feuerlöschern verwendet werden), Methylbromid (zur Schädlingsbekämpfung) und teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (die in Kühlschränken und Klimaanlageanlagen verwendet werden), sind vom Menschen verursachte Treibhausgase (THG) mit hohem Erderwärmungspotenzial. Die Emissionen dieser Gase müssen weiter reduziert werden, um einen Beitrag zu den [Klimazielen der EU](#) zu leisten und die internationalen Vereinbarungen (das [Montrealer Protokoll](#) und die damit verbundene [Kigali-Änderung](#)) einzuhalten.

*Debatte: Montag, 15. Januar*

*Abstimmung: Dienstag, 16. Januar*

*Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung*

## Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen \(F-Gase\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen \(Ozon\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - F-Gase](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - ozonabbauende Stoffe](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren - F-Gase \(auf Englisch\)](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren - ozonabbauende Stoffe \(auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Bas Eickhout \(Grüne/EFA, NL\) - F-Gase](#)

[Berichterstellerin Jessica Polfjärd \(EVP, SE\) - ozonabbauende Stoffe](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Überprüfung der Verordnung über fluorierte Treibhausgase](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Überarbeitung der Ozon-Verordnung](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

## EU-Werte in Griechenland: Aktuelle Entwicklungen

**Am Mittwoch wird sich das Parlament in einer Debatte mit Vertretern von Rat und Kommission mit dem Stand der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit in Griechenland befassen.**

Die Abgeordneten haben sich mehrfach besorgt über die Einhaltung der EU-Werte in Griechenland geäußert, u.a. über den [Einsatz von Spionagesoftware](#) und den Vorwurf der politischen Einmischung in die Ermittlungen sowie über die [Medienfreiheit und die Sicherheit von Journalisten](#), insbesondere angesichts der mangelnden Fortschritte bei den Ermittlungen zum Mord an dem Journalisten Giorgos Karaivaz im Jahr 2021. Weitere Themen der Debatte dürften die [Zurückdrängung an den Grenzen und die Behandlung von Migranten](#), der [Stand der Korruptionsbekämpfung und die Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz](#) sowie weitere Erkenntnisse aus dem [Jahresbericht der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit](#) sein.

*Debatte: Mittwoch, 17. Januar*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission*

### Weitere Informationen

[Pressemitteilung - „Abgeordnete besorgt über Bedrohung der EU-Werte in Griechenland“ \(08.03.2023, auf Englisch\)](#)

[Gruppe des LIBE-Ausschusses zur Beobachtung der Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte - Dokumente zu Griechenland](#)

[Kurzdarstellungen zur Europäischen Union: Der Schutz der Werte gemäß Artikel 2 EUV in der EU](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien zum Thema Rechtsstaatlichkeit](#)

## Bekämpfung des Neo-Faschismus in Europa

**Die Abgeordneten werden am Dienstag mit Vertretern der belgischen Ratspräsidentschaft und der Kommission erörtern, wie das Wiederaufleben des Neofaschismus in Europa verhindert werden kann.**

Anlass für die Debatte ist ein Aufmarsch in der Acca-Larentia-Straße in Rom am 7. Januar, dem 46. Jahrestag der Ermordung von drei Neofaschisten in der italienischen Hauptstadt, bei dem die Teilnehmer den faschistischen Gruß zeigten.

Bereits [im Oktober 2019](#) hatte das Plenum in Reaktion auf die Ereignisse in Halle, Deutschland, die Gefahr des gewalttätigen Rechtsextremismus thematisiert. Und schon im [Oktober 2018](#) warnte das Parlament vor einer zunehmenden Normalisierung von Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, neofaschistische und neonazistische Gruppen zu verbieten. Diese Forderung wurde von den Abgeordneten [im September 2019 bekräftigt](#), als sie sich dafür aussprachen, Organisationen, die Nazismus, Faschismus oder jede andere Form des Totalitarismus verherrlichen, zu verbieten.

*Debatten: Dienstag, 16. Januar*

*Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission*

### Weitere Informationen

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 2018 zur Zunahme neofaschistischer Gewalttaten in Europa \(25.10.2018\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas \(19.09.2019\)](#)

## Gedenken an Jacques Delors

### **Das Parlament eröffnet seine Plenarsitzung mit einer Gedenkveranstaltung für den am 27. Dezember 2023 verstorbenen ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors.**

Jacques Delors, der von 1985 bis 1995 die Europäische Kommission leitete, spielte eine zentrale Rolle bei der Schaffung des EU-Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, würdigte Delors als „einen Giganten, einen Staatsdiener und einen Visionär. Er setzte auf ein Europa, das auf anregendem Wettbewerb, stärkender Zusammenarbeit und vereinender Solidarität aufbaut. Seine Vision inspiriert uns auch heute noch. Wir ehren sein Andenken, indem wir sein Vermächtnis weitertragen.“

Im Rahmen der Gedenkfeier wird Präsidentin Metsola eine Ansprache halten, gefolgt von Beiträgen je eines Redners jeder Fraktion.

*Debatte: Montag, 15. Januar*

#### **Weitere Informationen**

[Hommage an Jacques Delors](#)



# Digitale Musikplattformen: Warnung vor unfairer Situation für Urheber in Europa

**In einer Resolution wollen die Abgeordneten fordern, dass die EU Ungerechtigkeiten im weitgehend unregulierten digitalen Musiksektor anspricht, um Künstler zu unterstützen.**

Derzeit erhalten die meisten Künstler nur sehr geringe Einnahmen aus dem Streaming ihrer Werke, heißt es in dem Textentwurf. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten eine Überarbeitung der "prädigitalen Lizenzgebührensätze" fordern und die Payola-Systeme verurteilt werden, bei denen die Urheber gezwungen würden, niedrigere oder keine Einnahmen als Gegenleistung für mehr Sichtbarkeit hinzunehmen.

Das EU-Recht sollte auch sicherstellen, dass europäische Werke sichtbar und Algorithmen transparent sind, um unlautere Praktiken zu verhindern und Vielfalt zu gewährleisten.

Der Berichterstatter Ibán García del Blanco (S&D, Spanien) wird am Dienstag um 14:30 Uhr eine Pressekonferenz abhalten, auf der er die aktuellen Probleme und mögliche Lösungen auf EU-Ebene darlegen wird.

## Hintergrund

Digitale Musikplattformen und Musik-Sharing-Dienste bieten derzeit Zugang zu bis zu über 100 Millionen Musikstücken, entweder kostenfrei oder gegen eine vergleichsweise niedrige monatliche Abonnementgebühr. Auf das Streaming entfallen 67 % der weltweiten Einnahmen der Musikbranche mit jährlichen Einnahmen in Höhe von 22,6 Mrd. USD.

*Abstimmung: Mittwoch, 17. Januar*

*Pressekonferenz: Dienstag, 16. Januar, 14:30 Uhr*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

## Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über kulturelle Vielfalt und die Bedingungen für Urheber auf dem europäischen Markt für Musikstreaming](#)

[Pressemitteilung - „Musik-Streaming-Plattformen: Abgeordnete fordern Schutz von Urhebern und kultureller Vielfalt in der EU“ \(28-11-2023, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Kulturelle Vielfalt und die Bedingungen für Urheber auf dem europäischen Markt für Musikstreaming“ \(Juni 2023\)](#)

# Hetze und Hasskriminalität in Liste der EU-Straftatbestände aufnehmen

**Im Rahmen einer Debatte und einer Abstimmung Mittwoch und Donnerstag will das Parlament den Rat auffordern, entschiedene Maßnahmen gegen Hetze und Hasskriminalität in der EU zu ergreifen.**

In dem Berichtsentwurf werden Fortschritte bei der Einstufung von Hetze und Hassverbrechen als „EU-Straftatbestände“ gefordert - ein Prozess, der im Rat seit 2022 blockiert ist. Die Abgeordneten betonen, dass alle Personen und Gruppen, die zur Zielscheibe von Hass werden können, geschützt werden müssen und dass die Meinungsfreiheit nicht zum Schutz von Hetze und Hassverbrechen ausgenutzt werden darf. Die Abgeordneten fordern außerdem einen „offenen Ansatz“, bei dem Vorfälle auf der Grundlage ihrer kontextuellen Umstände bewertet werden sollen.

Bei den so genannten EU-Straftatbeständen handelt es sich um besonders schwere Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension, wie in [Artikel 83 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU](#) festgelegt. Derzeit gehen die Gesetze der Mitgliedstaaten unterschiedlich mit Hetze und Hassverbrechen um, während sich die EU-weiten Vorschriften auf Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft beschränken.

*Debatte: Mittwoch, 17. Januar*

*Abstimmung: Donnerstag, 18. Januar*

*Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung*

## Weitere Informationen

[Pressemitteilung – „MEPs call on Council to designate hate speech, hate crime as crimes under EU law“ \(13.11.2023, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin: Maite Pagazaurtundúa \(Renew, Spanien\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Bekämpfung von Hassreden und Hassverbrechen in der EU“](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

# Weitere Tagesordnungspunkte

## Weitere Themen auf der Tagesordnung

- [EU-Aktionsplan: Schutz und Wiederherstellung von Meeresökosystemen für eine nachhaltige und widerstandsfähige Fischerei](#), Herbst, Debatte und Abstimmung Donnerstag
- Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Auswirkungen Einflusses Chinas auf kritische Infrastrukturen in der Europäischen Union, Grošelj, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Wahl eines Vizepräsidenten zur Nachfolge von Nicola Beer, Dienstag
- Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Slowakei, Debatte und Abstimmung Mittwoch
- Lage der Grundrechte in der Europäischen Union – Jahresbericht für die Jahre 2022 und 2023, Barley, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
  
- Die Rolle der präventiven Diplomatie bei der Bewältigung festgefahrener Konflikte, ZOVKO, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- [Beziehungen EU-Indien](#), ALAMETSÄ, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- EU-Strategie für Zentralasien, Karsten Lucke, Abstimmung Mittwoch
- [Aktivitäten des Europäischen Bürgerbeauftragten - Jahresbericht 2022](#) In Anwesenheit von Emily O'Reilly, Europäische Bürgerbeauftragte, JAHR, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- Erasmus+ Zwischenbewertung, ZVER, Abstimmung Dienstag- Europäisches Geschichtsbewusstsein, Sabine Verheyen, Abstimmung Mittwoch
- Überarbeitung des Mandats der Europäischen Arbeitsbehörde, Erklärungen des Rates und der Kommission
- Hochwertige Arbeitsplätze in einer wettbewerbsfähigen, zukunftsorientierten sozialen Marktwirtschaft, aktuelle Debatte, Mittwoch
- Wettbewerbspolitik - Jahresbericht 2023, Stéphanie Yon-Courtin, Abstimmung Dienstag
- Bankenunion - Jahresbericht 2023, Ivars Ijabs, Abstimmung am Dienstag
- Umsetzung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA), Javier Moreno Sánchez, Aussprache am Dienstag, Abstimmung am Mittwoch
- Geschlechtsspezifische Aspekte der steigenden Lebenshaltungskosten und die Auswirkungen der Energiekrise, Alice Kuhnke, Aussprache Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Bekämpfung des dringenden Fachkräftemangels und Suche nach den richtigen Talenten zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen (Europäisches Jahr der Kompetenzen), Erklärung der Kommission, Mittwoch - Geothermische Energie, Zdzisław Krasnodębski, Aussprache Mittwoch, Abstimmung Donnerstag